



**USA: Analyse der rechten, extrem-
konservativen Tea-Party-Bewegung und ihres
besonderen Verhältnisses zur
Republikanischen Partei**

**Die jüngsten Kämpfe zwischen Republikanern und
Demokraten um die USA-Präsidentschaft und den
US-Kongress am 6. November 2012**

von

Prof. Dr. Rolf Sieber

Redaktionsschluss: 1. September 2011

Zu aktuellen Ereignissen rund um die Staatsschulden der USA

Vor dem Hintergrund der heutigen Weltwirtschaft, in der die US-Volkswirtschaft mit Abstand den ersten Platz einnimmt, erlebten die USA im Frühjahr 2011, wohin und wie rasch eine hoch verschuldete Volkswirtschaft mit ihrem bankrotten, am Boden liegenden Staatshaushalt gelangen kann. Die Gesamtschulden offenbaren mit aller Deutlichkeit, dass der wirtschaftlichen Leistung der USA im Jahr 2010 in Höhe von 14 557 Milliarden Dollar, gemessen am erzielten Bruttoinlandsprodukt, eine Staatsverschuldung von 13 419 Milliarden Dollar gegenüberstand. Diese in der Statistik zu findende Übereinstimmung von fast 100 Prozent an jährlicher Wirtschaftskraft des Landes und an Belastungen des Staates durch Verschuldung hat nach Einschätzung von Experten bereits ein bedrohliches Ausmaß erreicht - weit weg von den 60 Prozent, die als Grenze guter Haushaltsführung gelten.

Angesichts des in der Welt bereits vor sich gehenden 'Schulden-crash' bedeutete das 2011 für die USA ein radikales und sofortiges Umlenken. In diesem historisch trächtigen Moment besaß Präsident Barack Obama nicht die notwendige politische Kraft für die notwendige erfolgreiche Verhandlungsführung im Kongress zugunsten der gesamten Nation. Es hagelte in der „New York Times“ berechtigte Kritik von links und von rechts: Der linke Kolumnist schrieb „Der Präsident kapituliert“ und für den rechten Kommentator war Obama ein „geschrumpfter Präsident“.

Im Januar 2011 hatte US-Finanzminister Timothy Geithner in einem Brief an die beiden Fraktionen des US-Kongresses anlässlich der Eröffnung der 112. Tagung darüber informiert, dass zwischen Mitte März und Ende Mai 2011 die gesetzlich verbindliche Schuldenobergrenze überschritten wird, so dass für die Obama-Regierung und das Land USA die Gefahr einer Zahlungsunfähigkeit drohe, wenn nicht ihre Erhöhung durch den Kongress beschlossen wird. Dazu erwarte er vom Kongress die dafür notwendigen parlamentarischen Aktivitäten und Beschlüsse, wie dies bisher bei solch eingetretenen Situationen (bereits 75 x) immer der Fall gewesen sei.

Im Frühjahr 2011 stießen in diesem ernststen Schuldenstreit überwiegend widerspruchsvolle politische und ökonomische Konzepte und Strategien der Demokraten und Republikaner, einschließlich ihrer

Aktivisten der Tea-Party-Bewegung, zur Beilegung von Zahlungsunfähigkeit und zur Erhaltung der für die USA außerordentlich wichtigen Kreditwürdigkeit aufeinander.

Einflussreiche Politiker und Finanzexperten hatten für das Jahr 2011 mehrere Termine, nämlich Mitte März, Ende Mai und vor allem den 2. August, als Gefahrenzeitpunkte für Staatskonflikte prognostiziert. In diesem Streit zwischen Regierung und Opposition, zwischen Demokraten und Republikanern rückte die Haltung zur Schuldenobergrenze immer mehr in den Mittelpunkt aller Auseinandersetzungen.

Die Unterstützer einer unbedingten Erhöhung der Schuldenobergrenze setzten sich zugleich für die Anhebung der internationalen Kreditaufnahme ein. Die dafür verantwortlichen Haushaltsexperten hatten bereits für das noch laufende Haushaltsjahr einen Neubedarf an Krediten in Höhe von 1,6 Billionen Dollar festgestellt, wofür hohe Zinsleistungen in Rechnung gestellt werden müssten.

Die Gegner einer Erhöhung der Schuldenobergrenze kommen meist aus den Reihen der Republikaner und vor allem aus der rechten, extrem-konservativen Tea-Party-Bewegung, die das Konzept der unbedingten Steuersenkung, der Nicht-Erhöhung weiterer Schulden sowie einer radikalen Kürzung von Staatsausgaben angesichts hoher Staatsschulden, schwachen Wirtschaftswachstums und anhaltender hoher Arbeitslosigkeit verfolgen. Sie alle zusammen streben eine Torpedierung der Wirtschaftspolitik von Präsident Obama an.

Der Internationale Währungsfonds und die drei starken US-amerikanischen Rating-Agenturen Standard & Poor's, Moody's und Fitch drängten die USA dazu, ihren Schuldenstreit zügig beizulegen, da sonst Abstufungen in der Kreditwürdigkeit der USA drohten. Sie forderten rasches Handeln.

Am 1. und 2. August 2011 quälte sich der US-Kongress schließlich zum Schuldengesetz

Der über eine relativ lange Zeit mühsam und qualvoll zwischen Demokraten und Republikanern ausgehandelte Kompromissplan zur Lösung des Schuldenstreits wurde in den ersten beiden August-Tagen des Jahres 2011 erst unter Aufbietung letzter Kraftanstrengungen bestätigt.

Am 1. August war im Repräsentantenhaus der Gesetzentwurf mit 269 Ja- zu 161 Nein- Stimmen (66 Republikanern, 95 Demokraten) verabschiedet worden. Am 2. August votierten im Senat 76 Senatoren dafür und 26 gegen den Entwurf. Im Senat verweigerten 19 Republikaner und 6 Demokraten die Zustimmung. Noch am Abend unterschrieb Präsident Obama, bewusst vor Fernsehkameras arrangiert, das Gesetz. Die Erhöhung der Schuldenobergrenze konnte nunmehr noch rechtzeitig eingeleitet und vorgenommen werden.

Während der Umfang der vorzunehmenden Budget-Einschnitte der erzkonservativen Tea-Party-Bewegung nicht weit genug ging, bemängelte der linke Flügel der Demokraten, dass keine Steuererhöhungen als Teil der Haushaltssanierung festgeschrieben wurden.

Beide Streitpartner beanspruchten den Sieg für sich: Obama glaubte, dass seine zweite Amtsperiode ganz sicher sei; die republikanische Opposition, besonders die Tea-Party-Aktivisten, war davon überzeugt, nun unwiderruflich den endgültigen politischen Machtwechsel in Washington eingeleitet zu haben.

Ganz offensichtlich hatten beide Streitpartner lediglich sogenannte Pyrrhus-Siege errungen, d. h. teuer erkaufte Scheinsiege, die im weitergehenden Streit um die Präsidentschaft ab 2012 auch in ihr Gegenteil umschlagen können. Der erreichte Kompromiss hat zwar geholfen, dass die größte Volkswirtschaft der Welt an ihrer Pleite durch Zahlungsunfähigkeit von Regierung und Land haarscharf vorbeigeschlittert ist, an der Überschuldung der USA und den damit verbundenen Problemen hat sich jedoch nichts geändert. Es ist lediglich eine terminliche Verschiebung erreicht worden.

Zur Kreditwürdigkeit der USA

Die Überschuldung und die Gefahr der Zahlungsunfähigkeit haben Auswirkungen auf die Kreditwürdigkeit der USA.

Bereits am 7. August 2011 entzog die weltweit renommierte US-amerikanische Rating-Agentur Standard & Poor's den USA die Bonitätshöchstnote „AAA“. Seit 70 Jahren wurden durch S&P die US-Staatsanleihen mit der Bestnote bewertet, bei Moody's seit 1917 und bei Fitch seit 1994. Diese drei weltweit anerkannten Rating-Agenturen bewerten den Risikogehalt von Anleihen, mit denen sich Staa-

ten, Institutionen und Gebietskörper bei Investoren Geld ausleihen. S&P hat nun anhand seiner Kriterien für die USA die Top-Bewertung AAA, die für völlige Unbedenklichkeit steht, um einen Rang auf AA+ zurückgenommen. Auch die Aussichten sieht S&P nicht mehr so rosig. Der US-Schuldenberg von 14,3 Billionen Dollar und die hinzukommenden Etat-Defizite der nächsten Jahre rechtfertigen nicht mehr die Höchstnote. Auch der massive politische Streit zwischen Republikanern und Demokraten vor allem in der Innenpolitik schaffe nicht das Vertrauen, dass gemeinsam ein Ende der Schuldenpolitik eingeleitet werde.

S&P-Manager David Beers erklärte, dass bei ihren Berechnungen den politischen Risiken ein „höheres Gewicht“ zustehe als dem steuerlichen Teil.

Der Ausblick für die USA wird bereits allgemein als „negativ“ bewertet, was die Möglichkeit einer weiteren Abwertung in den nächsten 12 bis 18 Monaten andeutet.

Die **Demokraten** sprechen von einer „Tea-Party-Herabstufung“, weil diejenigen Kongressmitglieder, die dieser radikalen Bewegung angehören, von sich aus erklärten, dass sie die Zahlungsunfähigkeit in Kauf nehmen würden, um ihren Willen unbedingt durchzusetzen. Darin liege deren Schuld.

Die **Republikaner** dagegen werfen Obama die Schuld vor, weil er das Land in den Ruin geführt habe.

Kritische Meinungsäußerungen zum S&P-Beschluss liegen aus dem US-Finanzministerium und von Seiten bekannter Wissenschaftler vor. Im Finanzministerium wird behauptet, dass grundlegende mathematische Fehler mit erheblicher Konsequenz vorgekommen seien, weil fälschlicherweise zwei unterschiedliche Zeitschienen miteinander vermischt wurden. Wäre das nicht passiert, hätte S&P für das nächste Jahrzehnt Ausgabenkürzungen von vier Billionen Dollar errechnen können, so viel, wie die Agentur vor kurzem selber verlangt hatte, um die nun erfolgte Herabstufung doch noch zu vermeiden.

Wissenschaftler und Politiker wie Paul Krugman und Robert Reich, Arbeitsminister in der Clinton - Regierung, verweisen darauf, dass S&P schon mehrfach mit ihren Prognosen schief gelegen und durch falsche Bewertungen die aufgehäuften Schulden der USA mit zu

verantworten hätten. Die Herabsetzung sei eine „Einmischung“ in die Wirtschaftspolitik.

Die größten Gläubiger der USA

Zu den **inländischen** Gläubigern gehören (Staatsanleihen in Billionen Dollar)

- für 5,7 Billionen Dollar - Organisationen wie z. B. Rentenkassen und Gesundheitsversicherungen,
- für 3,9 Billionen Dollar - Allgemeine Inlandsverschuldung wie z. B. Pensionsfonds und Banken.

Ausländische Gläubiger besitzen US-Staatsanleihen in Höhe von 4.514 Milliarden Dollar (rd. 4,5 Milliarden Dollar). Etwa 30 Prozent ihrer Schulden haben die USA demnach bei 25 Ländern (in Milliarden Dollar) aufgenommen:

VR China	1160
Japan	912
Großbritannien	347
Erdöl exportierende Staaten (15 Länder)	230
Brasilien	211
Taiwan	153
Karibische Bankenzentren (6 Länder)	148
Hongkong	122
Russland	115
Schweiz	108
Kanada	91
Luxemburg	68
Deutschland	61
Thailand	60
Singapur	57
Indien	41
Türkei	39
Irland	34
Südkorea	33
Belgien	31

Polen	2
Mexiko,	28
Italien	25
Niederland	24
Frankreich	24
(Andere	364)

Quelle: Die Zeit vom 4. August 2011, S. 19

Tabelle und alle weiteren Zahlenangaben stammen aus dem Beitrag „Gefahr für die Welt – Die USA könnten eine neue Weltwirtschaftskrise auslösen“ von Heike Buchter, Angela Köckritz und Mark Schieritz.

Interessant sind Beispiele der Ergebnisse der Bewertung einzelner Bundesstaaten durch Rating-Agenturen. Dabei ist zu beachten, dass sich der Schuldenstreit in seiner Komplexität auch in den Kongressen der Bundesstaaten abspielt und Auswirkungen hat.

Aus der Rating-Agentur Moody's sind negative Bewertungen über fünf US-Bundesstaaten bekannt geworden, die vom Geld aus Washington besonders abhängig sind. In Maryland und Virginia sind zahlreiche Bundesbehörden untergebracht, deren Angestellte hier leben und ihre Einkommen erhalten. Drei Bundesstaaten, nämlich New Mexico, South Carolina und Tennessee, erhalten besonders hohe Geldbeträge für die Finanzierung der Krankenversicherung für arme Familien. Die Herabstufung würde die genannten fünf US-Bundesstaaten mit 24 Milliarden Dollar belasten.

Ein Beispiel zur Illustration der Wirklichkeit in den genannten fünf Bundesstaaten: Nancy Kropf, Finanzministerin von Maryland, will das wichtige Projekt „Schulbauten“ finanziell absichern und beantragt dafür eine Anleihe von 718 Mio. Dollar. Nach den Wirkungen der Bedingungen der Finanzmärkte ihr Kommentar: „Wir sind ein starker Staat, aber es ist klar, dass wir die ernstesten Probleme der Bundesregierung zu spüren bekommen.“

Zahlreiche US-Bundesstaaten kürzen ihre Ausgaben drastisch, was „Sparprogramme oder Entlassungen von Bediensteten“ bedeutet. Vor allem zwischen den im November 2010 neu gewählten Gouverneuren der Republikanischen Partei, darunter Aktivisten der Tea-Party-Bewegung, und ihren jeweiligen Kongressen kommt es

zu harten Auseinandersetzungen. Das trifft auch auf bisher für die Demokratische Partei wirkende Gouverneure zu.

Bekannt gewordene Beispiele: In Minnesota musste für einige Wochen die Verwaltung geschlossen werden, weil sich der demokratische Gouverneur und der republikanisch dominierte Kongress des Staates nicht auf ein gemeinsames Sparprogramm einigen konnten.

In Minnesota und Wisconsin haben die neu gewählten republikanischen Gouverneure so stark gespart, dass es über die Rolle und Stellung der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes dabei zu weitreichenden Auseinandersetzungen kam. In Wisconsin kam der Aktivist der Tea-Party-Bewegung sogar auf die Idee, antigewerkschaftliche Gesetze zu verabschieden, die er auch mit Hilfe der ihm unterstehenden Polizeieinheiten in die Praxis umsetzen wollte. Aber damit hatte er zu hoch gepokert: Die Gewerkschaften organisierten Demonstrationen und Streiks und erhielten Unterstützung durch Abgeordnete und Senatoren der Nachbarstaaten, gegen die er nicht ankam. Für die Polizeieinheiten war die Macht an der Staatsgrenze Wisconsin zu Ende.

In Minnesota zwang Gouverneur Rick Synder die Verwaltung des Staates und die städtischen Verwaltungen dazu, massiv zu sparen oder Entlassungen hinzunehmen. Bis zu 2.500 Angestellte würden entlassen, wenn die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes nicht Lohneinbußen in Höhe von 145 Millionen Dollar akzeptierten, drohte der Gouverneur. Wiederholt hat Synder staatliche Zuschüsse an Gemeinden gekürzt. Er hat zudem begonnen, Sparkommissare in Defizitkommunen zu schicken.

Insgesamt ist zum Schuldenstreit einzuschätzen - das Agieren der Aktivisten der Tea - Party - Bewegung trägt sowohl in der republikanischen Partei, in der sie ihre politische Heimat gefunden haben, als auch in der US- Gesellschaft insgesamt zur Polarisierung bei. Einerseits haben sie zur Rechtsentwicklung gedrängt, andererseits haben sie geholfen die Augen für Entwicklungen demokratischen, liberalen, moderaten und konsequent sozialen Charakters zu öffnen.

Das veranlasst die Entstehung dieser Bewegung und ihre Rolle näher zu betrachten.

Gründung und erste Entwicklungen der Tea-Party-Bewegung

Der vor rund zehn Jahren in einigen Bundesstaaten der USA mit Kentucky an der Spitze aufgetretene Vorläufer der heutigen Tea-Party-Bewegung war eine politische Bewegung von „neuen jungen Rebellen“ und „rechten Revolutionären“ gegen die Zentralregierung in Washington. Außerdem unterstrichen die Tea-Party-Aktivisten ihre Unabhängigkeit von politischen Parteien.

Die Jahre 2009 und 2010 als Vorfeld für die Wahl- und Machtkämpfe der am 2. November 2010 stattgefundenen US-Kongresswahlen bildeten den eigentlichen historischen Hintergrund für die Gründung und die erste Entwicklungsetappe der Tea-Party-Bewegung, wie wir sie heute kennen.

In der Demokratischen Partei hatten Barack Obama und seine Mitstreiter mit der Politik des Wandels, der Hoffnung und der Sicherung der Zukunft für das ganze Land die strategische Führung übernommen. Die Republikaner entfalteten dagegen eine Anti-Obama-Kampagne, die sich in relativ kurzer Zeit auf das gesamte Territorium der USA ausdehnte und zur Entstehung von Bewegungen gegen die Krisenzustände der US-Gesellschaft führte. Dabei nahm die Tea-Party-Bewegung als erzkonservative, rechte Graswurzelbewegung eine besondere Stellung ein.

In der im Juni 2011 von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, herausgegebenen Broschüre „ZWEI JAHRE OBAMA, Halbzeitanalysen und Betrachtungen“ befinden sich aus der Feder von Prof. Dr. Claus Montag, Historiker und Politologe, Mitglied des Beirates der Zeitschrift für internationale Politik „WeltTrends“, Potsdam, sehr klare und überzeugende Darstellungen dieser Zeitperiode.

Er schreibt: „Anfang 2009 rief der Analyst Rick Santelli vom Finanzsender CNBC die Börsenmakler auf, sich mit Protest gegen eine Entscheidung Präsident Obamas zu wenden, der verschuldeten Hausbesitzern in der Krise eine finanzielle Rettung durch den Staat in Aussicht gestellt hatte. Hier wurde Stimmung gegen die „Verlierer“ im Konsumrausch gemacht. Und Santelli rief über den Sender: „Präsident Obama hören Sie zu? Wir werden im Juli zu einer Tea-Party in Chicago einladen.“ (Vgl. Die rechten Revolutionäre, in: Der Spiegel, Nr. 15/2010, S. 84 -89.)

Das war das bewusste Anknüpfen an die Steuerverweigerung der amerikanischen Kolonien gegenüber der britischen Krone 1773 in Boston, als der britische Tee als Aufstandssymbol ins Wasser geworfen wurde. Nun wurde „Tea“ zu einem neuen Rebellionsbegriff. Er soll bedeuten: „Taxed Enough Already“ (Längst genug besteuert). In kurzer Zeit entstanden Tea-Party-Organisationen in mehr als 300 Städten der USA, die Protestaktionen initiierten. Die verschiedenen Tea-Party-Organisationen (sie nennen sich Tea-Party Patriots, Tea-Party Express, Unite in Action, Tax-Day-Tea-Party, American Liberty Alliance) verfügen über keine gemeinsame programmatische Plattform, doch treten einige Grundforderungen bei den meisten Teilbewegungen besonders hervor:

- Ablehnung des politischen Establishments in Washington als Schuldige für die Krisensituation in den USA; Demokraten und Republikaner werden zusammen als politisch korrupt und dem Volk entfremdet angesehen, die aus ihren Machtpositionen hinausgedrängt werden müssen.
- Geschaffen werden müsse ein schwacher Staat, der die Steuerabgaben drastisch senkt, Regierungsinstitutionen wie die Notenbank und zentrale Steuereinrichtungen abschafft und die Politik der Staatsverschuldung beendet.
- Abgelehnt werden alle Sozialprogramme des Staates verbunden mit der Forderung nach Privatisierung der Altersversorgung und der Verhinderung staatlichen Einflusses auf das Gesundheitssystem.
- Barrieren sollen entstehen gegen eine Klima- und Energiegesetzgebung (Wirkung als Job-Killer), gegen neue Bankenrettungen und staatliche Konjunkturförderprogramme, und international wird ein Ausstieg der USA aus den Vereinten Nationen propagiert.
- Präsident Obama gilt in den Bewegungen als Dieb des Volksvermögens, als Sozialist und nationale Schande. Farbige würden eine führende Rolle bei dem Versuch spielen, kommunistische Entwicklungen in den USA zu fördern.

Diese diffusen Programmpunkte stammen zum großen Teil aus dem ideologischen Arsenal des Libertarismus, einer extrem konservativen Reaktion auf soziale Wandlungsversuche in den USA. In der Tea-Party-Bewegung sprachen diese Forderungen zunehmend

jene Bevölkerungsgruppen an, die das Vertrauen in die politischen Eliten verloren haben und ratlos den inneren und internationalen Krisenentwicklungen gegenüber stehen. Es ist vor allem die Furcht vor dem sinkenden Lebensstandard, den Folgen des ethnischen Wandels (Anwachsen der Schwarzen und Latinos gegenüber der weißen Bevölkerung) und den Rückwirkungen der Globalisierung auf das lokale, soziale und wirtschaftliche Umfeld. Die meisten Anhänger und Sympathisanten der Tea-Party-Protestbewegung kommen aus der weißen protestantischen Mittelschicht, sind überdurchschnittlich gebildet und besser verdienend. Diese rechtsextreme Graswurzelbewegung ist nicht allein auf das Wirken spontaner Willensbekundungen zurückzuführen. Sie wurde finanziell gut 'gedüngt'. Die Milliardäre Koch und andere Großfinanziers haben über ihre Stiftungen der Verbreitung der 'libertären Ideen' Auftrieb gegeben (Vgl. Max Böhnel: Rechte „Tea-Party“ bringt Präsident Obama in Bedrängnis, in: Neues Deutschland, 30./31. Oktober 2010).

Der Sender Fox News sorgte für ein populistisches Aufheizen der öffentlichen Stimmungen. Zum politischen Star des rechten Massenprotests wurde Sarah Palin, die gescheiterte Vizepräsidentschaftskandidatin von 2008, die zur Wiederherstellung der 'Ehre' Amerikas aufrief. Andere wirkungsvolle Einpeitscher einer Anti-Washington-Stimmung waren u. a. Christine O'Donnell (Delaware), Carl Paladino (New York), Rand Paul (Kentucky) und Marco Rubio (Florida).“ (s. Broschüre „Zwei Jahre Obama“ von Rosa-Luxemburg-Stiftung, Juni 2011, S. 15/16.)

Es muss unbedingt beachtet werden, dass in der Tea-Party-Bewegung keine in sich geschlossene demokratische Struktur vorhanden war und auch gegenwärtig nicht vorhanden ist, angefangen mit Basisgruppen bis hin zu Vorständen auf gesamtnationaler Ebene der USA. Zwei Versuche, Parteitage durchzuführen, sind fehlgeschlagen. Bis jetzt gibt es auch noch keine Gesamtprogramme und keine Leitgremien für Gesamt - USA. Tausende Gruppen existieren und sind bis auf der Ebene von US-Bundesstaaten aktiv tätig. Die von Dick Armey geführte Stiftung Freedom Works hat sich zu einer Art informeller Dachorganisation entwickelt, ist jedoch kein Ersatz für die fehlende nationale demokratische Struktur.

Bestimmte evolutionäre Entwicklungsprozesse in der Tea-Party-Bewegung vollzogen sich immer dann, wenn sich im Verhältnis zu

Führungsgremien der Republikanischen Partei Veränderungen durchsetzten. Jetzt ging es der Führung der Republikaner um ihre bereits praktizierte positive Stellung zur Bewegung, die fortgesetzt und um neue Formen bereichert wurden: Erweiterte Betreuung ihrer Mitglieder und Sympathisanten, zunehmende Hilfestellungen bei gemeinsamen Mitgliederveranstaltungen und bei Demonstrationen sowie Unterstützung bei Schulungen und Weiterbildung durch Inanspruchnahme von Think-Tanks der Republikanischen Partei. Schließlich ging es um die Gewinnung von Sponsoren.

Die Führung der Demokratischen Partei hat solche Anstrengungen und praktischen Aktivitäten gegenüber dem Tea-Party-Movement nicht unternommen. Sie soll es sogar abgelehnt haben, diese Organisation als eine Graswurzelbewegung anzuerkennen.

Im Frühjahr/Sommer 2010 begann eine weitere qualitativ neue Entwicklungsphase in den Beziehungen zwischen Republikanischer Partei und Tea-Party-Bewegung. In den Vorwahlveranstaltungen der Republikanischen Partei konnten sich auch Vertreter der Tea-Party-Bewegung als Kandidaten für die Wahl als Senatoren und Abgeordnete bewerben, und zwar auf völlig gleichberechtigter Grundlage. Das soll das Abgeordnetenhaus betreffend in ca. 140 Fällen und in Bezug auf den Senat in mindestens 9 Fällen vorgekommen sein. Diejenigen Aktivisten der Tea-Party-Bewegung, die um Posten im Kongress in den Wahlkampf gingen und siegten, erhielten das volle, uneingeschränkte Mandat als Senatoren bzw. Abgeordnete der Republikanischen Partei.

„Wer ist die Tea Party?“

Am 17. Oktober 2010 veröffentlichte die Zeitung „DER TAGESSPIEGEL“ den von ihrem Washingtoner Chefkorrespondenten Christoph von Marschall verfassten – aus meiner Sicht ausgezeichneten – Beitrag zum Thema „Wer ist die Tea Party?“ mit dem viel sagenden Untertitel „Gerade noch unbekannt, könnte sie nun noch die Kongresswahlen entscheiden. Sie will Obamas Politik blockieren. Und droht, genau daran zu scheitern.“

Im Abschnitt „Was wollen die Unterstützer?“ gelang dem Korrespondenten von Marschall folgende Gesamtdarstellung der Tea-Party-Bewegung:

„Sie sind pauschal gegen 'zu viel Staat', gegen die Gesundheitsreform, gegen die Rettungsmilliarden für Banken und Autokonzerne, gegen Obamas Konjunkturpaket und gegen staatliche Auflagen für Klimaschutz. Während moderate Republikaner und Wechselwähler ihre Stimmung überwiegend als 'unzufrieden' bezeichnen, sagen Anhänger der Tea-Party, sie seien 'zornig'. Und: 'Unsere Meinung findet in Washington kein Gehör.' 75 Prozent betonen, ihr politisches Engagement sei neu und durch die angebliche Ausweitung staatlicher Einmischung in die Wirtschaft und das Privatleben unter Obama ausgelöst worden; sie seien nie zuvor bei einer Demonstration gewesen.

Freilich gibt es auffällige Widersprüche zwischen den Anhängern und den Kandidaten der Tea-Party für politische Ämter. Prominente Bewerber für Senatssitze wie Sharron Angle in Nevada fordern, Social Security und Medicare abzuschaffen, die Grundrente und Gesundheitsversorgung für Bürger über 65, die beide staatlich finanziert sind. Mehr als die Hälfte der Anhänger urteilt dagegen, diese beiden Programme seien ihr Geld wert – kein Wunder angesichts des hohen Anteils der Altersgruppe, die diese für sie kostenlosen Leistungen aus Steuermitteln bezieht.

Anhänger der Tea-Party sind nicht identisch mit der religiösen Rechten, die George W. Bush zu seinen Wahlsiegen verhalf. Es gibt Überschneidungen mit diesen 'value voters', die Abtreibungen und Homo-Ehen kategorisch ablehnen. Die Hauptsorgen der Tea-Party betreffen aber ökonomische Themen: das ausufernde Budgetdefizit; die Bankenrettung im Kontrast zum Eindruck, dass Bürger, die in der Krise ihr Haus verlieren könnten, keine Hilfe bekommen; die Arbeitslosigkeit kombiniert mit illegalen Zuwanderern, die 'Amerikanern Jobs wegnehmen'.

Christoph von Marschall verweist auf umfangreiche Erhebungen der New York Times und des Senders CBS über die Tea-Party vom April 2010. Allgemein wurde angenommen, dass zwischen 16 und 17 Prozent der US-Bevölkerung Anhänger der Tea-Party-Bewegung sind. Die genannten Erhebungen vermitteln folgendes Bild über de-

ren Herkunft und qualitative Zusammensetzung: „Die Anhänger der Tea-Party sind typischerweise weiß (89 Prozent), männlich (59 Prozent), verheiratet und überdurchschnittlich alt (75 Prozent über 45, 29 Prozent über 65). Sie sind höher gebildet als der Durchschnittsamerikaner und verdienen auch mehr. 37 Prozent haben einen College-Abschluss (US-Schnitt 25 Prozent). 56 Prozent verdienen mehr als 50 000 Dollar im Jahr (US-Durchschnitt 45 Prozent). 75 Prozent nennen sich „konservativ“, davon 39 Prozent „sehr konservativ“. Über Obama sagen 77 Prozent er sei zu links und teile das Wertesystem der Mehrheit nicht. USA-weit meinen das nicht einmal halb so viele Bürger (34 Prozent). ... USA-weit sagen 18 Prozent, das Parlament leiste gute Arbeit. Unter Tea-Party-Fans meint das nur ein Prozent.“ (Quelle: DER TAGESSPIEGEL vom 17. Oktober 2010, S.2)

USA auf neuem Kurs zur Präsidenten-Wahl 2012

Die Ergebnisse der Kongress-Wahlen vom 2. November 2010 erwiesen sich als ein Fundament für qualitativ neue und tiefgreifende Veränderungen in Rolle und Funktion der beiden Parteien einschließlich der Tea-Party-Bewegung im politischen System der USA. Mit der Konstituierung des 112. Kongresses der USA am 5. Januar 2011 wurden diese objektiv neuen sozialen Bedingungen und Beziehungen auch personell und materiell manifestiert.

Beginn und Ende von Entwicklungsabschnitten des politischen Zwei-Parteien- Systems in den USA und gesellschaftlich bedeutsame Einschnitte in ihrer Geschichte sowie Rolle und Funktion beider Parteien, der Demokratischen und der Republikanischen Partei, hängen letzten Endes von den Ergebnissen der vor sich gehenden Wahl- und Machtkämpfe ganzer sozialer Schichten, Gruppen bzw. Klassen ab. Die Tea-Party-Bewegung mit ihren Aktivisten kämpfte zusammen und in voller Übereinstimmung mit der Republikanischen Partei für die Interessen und Forderungen von 12 bis 16 Prozent der US-Bevölkerung. Einzelpersonen, darunter auch Präsidenten, spielen dabei eine große Rolle, aber sie müssen sich insgesamt, sollte sich der von ihnen vertretene politische Kurs durchsetzen, den bestimmenden Machtfaktoren unter- bzw. einordnen.

Aus dieser Sicht bestimmt der 2. November 2010 den Beginn eines neuen Entwicklungsabschnitts im politischen Zwei-Parteien-System der USA. Mit den Ergebnissen der Kongress-Zwischenwahlen werden in den USA qualitativ neue soziale Bedingungen und Beziehungen reflektiert.

Diese neue Konstellation wurde bereits in der Debatte um den Haushalt 2010/2011 sichtbar.

Präsident Obama kündigte in seiner Haushaltsrede am 13. April 2011 drastische Einsparungen in Höhe von vier Billionen Dollar innerhalb von zwölf Jahren an. Sie sollten durch gleichmäßig verteilte Einschnitte bei den größten Haushaltsposten und den sozialen Programmen wie der staatlichen Krankenversicherung für Senioren (Medicare) und Arme (Medicaid) sowie dem Verteidigungsetat erreicht werden. Allein diese Posten machen zusammen rund zwei Drittel des US-Haushalts aus. Durch Einsparungen bei nicht gebundenen Ausgaben, die die Demokraten und Republikaner vor wenigen Tagen in langen Verhandlungen für 2011 beschlossen hatten, könnten in den nächsten zwölf Jahren zudem bis zu 750 Milliarden Dollar eingespart werden. Obama sprach sich auch für ein Auslaufen der noch im Dezember 2010 um zwei Jahre verlängerten Steuersenkungen für Reiche aus. In dieser Rede präsentierte er nicht nur seine Vorstellungen zur Sanierung des hochdefizitären US-Haushalts, sondern skizzierte auch die Schlachtlinie für die Präsidentschafts- und Kongresswahlen 2012.

Diese Maßnahmen könnten nach Obamas Vorstellung zur Lösung der in den Monaten Mai bis September anstehenden Probleme beitragen: eine Neuverschuldung deutlich abzubremsen, der drohenden Zahlungsunfähigkeit entgegen zu wirken und die Kreditwürdigkeit der USA zu erhalten und zu sichern. Und erst über diese bewältigten Aufgaben hinaus entstehe ein von ihm gewolltes Bild der Zukunft Amerikas. Dabei ist sich Präsident Obama der Tatsache bewusst, dass im Kongress mit den ultrakonservativen Republikanern und dem starken Einfluss der Tea-Party-Bewegung ein Gegenentwurf zu seiner Vision vorhanden ist.

Der von dem republikanischen Kongressabgeordneten Paul Ryan zu dem Haushalt ausgearbeitete radikale Sparplan ist von der gesamten Fraktion zum Programm erhoben und einstimmig verab-

schiedet worden. Obama kann sich im Vergleich dazu als gemäßiger Politiker und Repräsentant der Mitte aufführen, der, wie er in seiner Haushalt-Grundsatz-Rede formuliert hatte, mit dem Skalpell, nicht mit der Machete an den Haushalt herangehe. Das passte zwar wie die Faust aufs Auge, aber dem Inhalt nach ging es um enorme Kürzungen und um keinerlei Erhöhungen für das Wohl der Bürger, und damit um keinerlei Verbesserung ihrer sozialen Lage. An diesen Maßstäben muss die Haushaltspolitik gemessen werden.

(Quelle: Philipp Schläger, New York: „Wahlkampf eröffnet - US-Präsident Obama will Sozialleistungen mit dem Skalpell, nicht der Machete kürzen und in zwölf Jahren vier Billionen Dollar einsparen.“ Junge Welt. Freitag, 15. April 2011, Nr. 89, S, 7.)

Der folgenschwere politische Haushalt-Kompromiss zwischen Demokraten und Republikanern gilt in der Geschichte der USA als bedeutsames, historisches Ereignis. Nach umfangreichen Verhandlungen zwischen Präsident Barack Obama als überparteilichem Moderator und den beiden Vertretern der Republikaner, dem Speaker des Repräsentantenhauses John Boehner, und dem Mehrheitsführer im Senat, Harry Reid, wurde beschlossen, trotz bestehender ernsthafter politischer Differenzen, dass der Senat und das Abgeordnetenhaus gemeinsam die laufenden Regierungs- und Verwaltungsgeschäfte mit einem „Notbudget 2011“, dem siebenten und letzten dieser Art, finanzieren. Um diesen Kompromiss in Gesetzesform zu bringen, brauche man zwar einige Tage, die man aber gemeinsam überbrücken werde.

Von den dazu vorliegenden Stellungnahmen international anerkannter Journalisten wählen wir die Trendeinschätzung „Der siebte Streich“ aus, in der Christoph von Marschall im Tagesspiegel vom 10. April 2011, S. 5, schrieb: „Die Einigung kam nach einem Tag voll bitterer gegenseitiger Schuldzuweisungen und neuer Zumutungen zustande. Die Demokraten beklagten, die Republikaner würden sich nicht an getroffene Abmachungen halten und kämen mit immer neuen Forderungen, vorzugsweise solchen, die ideologisch motiviert sind und für das linke Lager unannehmbar seien: Kürzungen bei der Familienplanung, weil die Organisationen auch Abtreibungsberatung anbieten, und bei der Umweltschutzbehörde, die die Standards für Reinhaltung von Luft und Wasser festlegt. Die Konservativen werfen den Demokraten vor, sie verweigerten die Einsicht in die Realität, wollten unum-

gängliche Kürzungen blockieren und trieben Amerika so in eine Verschuldungsspirale."

Dies erinnert an die in der „Rede an die Nation 2011“ von Obama ausgesprochene Forderung nach entschlossenem gemeinsamen Handeln von Republikanern und Demokraten; denn sonst bestehe die Gefahr, „unter einem Berg von Schulden begraben zu werden“. Detailvorschläge dazu blieb er damals und auch diesmal wieder schuldig.

Ganz offensichtlich sind in der Gegenwart die Bewertungen des Budget- bzw. des Haushalt-Kompromisses von besonderer Bedeutung. Die USA befinden sich nach der Verabschiedung des US-Haushalts 2011, wie ein Haushaltsexperte treffend feststellte, am Beginn einer langen Schlacht zwischen den Republikanern und den Demokraten um den US-Nachfolghaushalt 2012 sowie um die endgültige Entscheidung über die Veränderung und Erhöhung der Schuldenobergrenze, die wiederum untrennbar verbunden ist mit einer drohenden Zahlungsunfähigkeit und Kreditunwürdigkeit der Regierung und des Landes. Durch den Kompromiss wendeten beide Seiten einen Haushaltnotstand ab, bei dem hunderttausenden Staatsangestellten unbezahlter Zwangsurlaub gedroht hätte.

Vertreter der beiden Parteien hatten sich auf Einsparungen in Höhe von 39 Milliarden Dollar bis zum Ende des Haushaltsjahres Ende September geeinigt. Ursprünglich hätten nach dem Wunsch der Republikaner 61 Milliarden dem Rotstift zum Opfer fallen sollen. Die Sparwut, die sich an den unteren Sprossen der sozialen Leiter zu schaffen macht, ist auf den Einfluss und den Druck der im November vergangenen Jahres neu ins Amt gespülten 87 rechtsextremen 'Tea-Party'-Abgeordneten zurückzuführen. Für sie hat die legislative Axt an den angeblich 'sozialistischen' Programmen der Obama-Regierung Priorität. Für ein Drittel der 'Tea-Party'-Fraktion bei den Republikanern war die Kompromissbereitschaft gegenüber den Demokraten zu groß. 28 stimmten gegen die Kürzungen.

Während im April 2011 Repräsentantenhauses und Senat auf der Grundlage des ausgehandelten politischen Kompromisses zwischen Demokraten und Republikanern den „Nothaushalt 2011“ - als Gesetz gemeinsam verabschiedeten, verweigerten Ende Mai 2011 insgesamt 338 Mitglieder beider Kongress-Kammern (256 Republi-

kaner und 82 Demokraten) die Zustimmung zum „Gesetz zur dringend notwendigen Erhöhung der Schuldenobergrenze“. Lediglich 97 Kongress-Mitglieder stimmten für das Gesetz.

Auseinandersetzung um den Nothaushalt 2011 und der Kampf um die Erhöhung der Schuldenobergrenze

Der im April verabschiedete „Nothaushalt 2011“ sichert durch Gesetzeskraft die Volkswirtschaft der USA bis Ende des Haushaltsjahres Ende September finanziell ab. Nach jüngsten Berechnungen beziehungsweise Schätzungen hätten aber – wie bereits eingangs dargelegt - Regierung und Land ab 2. August 2011 kein Geld mehr zur Verfügung, um die laufenden Ausgaben zu bezahlen, die Schulden abzubauen und die Zinsen zu tilgen. Obama warnte: Wenn die USA erstmalig während seiner Amtszeit ihre Zahlungsunfähigkeit erklären müssten, werde das „erhebliche Folgen“ für die Wirtschaft und die Zahl der Arbeitslosen haben. Allein im laufenden Jahr müssten sich die USA für ihren Haushalt 1,65 Billionen Dollar leihen.

Bei der Stellungnahme zur „Schuldenobergrenze“ überwiegt bei den **Demokraten** eindeutig die Zustimmung und damit die Befürwortung zur Erhöhung.

Bei den **Republikanern** wurde festgestellt, dass in der Fraktion drei Gruppen existieren, die fein säuberlich auseinander zu halten sind:

- Unter Führung von Mitch McDonnell (Fraktionschef im Senat) haben sich die Unterstützer gemeinsamer Aktionen von Republikanern und Demokraten zusammen geschlossen, die sich aktiv für eine Erhöhung der Schuldenobergrenze einsetzen.
- Um den Speaker des Repräsentantenhauses John Boehner haben sich republikanische Abgeordnete zusammengefunden, die in der Anwendung der Methode vorzeitiger Abschreibungen von Grundmitteln sichere Steigerungen von Einkommen sehen. Damit sind Möglichkeiten zur Erhöhung der Schuldenobergrenze und zur Gesundung der Wirtschaft überhaupt gegeben.
- In der dritten Gruppe befinden sich die absoluten Neinsager. Das sind vor allem die Mitglieder der Tea-Party-Bewegung, die sich unter Führung von Eric Cantor, republikanischer Mehrheitsführer im Repräsentantenhaus, zu harten Gegenspielern der moderaten Republikaner entwickelt haben. Der 48-jährige hat es vor allem

geschafft, die über 80 „Frischlinge“ der Republikanischen Partei im Repräsentantenhaus für sich zu gewinnen. Schützenhilfe für die radikale Forderung „niemals die Steuern zu erhöhen!“ erhielt er vor allem von Grover Norquist, Chef des Lobbyverbandes „Americans for Tax Reform“, dem es gelang, 277 von 287 republikanischen Abgeordneten und Senatoren dafür zu gewinnen, das Gelöbnis des Verbandes zu unterschreiben, niemals die Steuern zu erhöhen. Norquist bearbeitet die letzten 10 systematisch, auf dass sie ihm auch noch folgen.

Nicht verhindern konnte der Hardliner Eric Cantor, dass der oberste Haushaltsexperte der Republikaner im Repräsentantenhaus, Paul Ryan, in der Frage einer kurzfristigen Anhebung des Schuldenlimits den Argumenten der Rechtsaußen im US-Kongress nicht mehr folgte. Das von Boehner unterstützte Schuldengesetz mit Kompromisscharakter sei nach Ryan „zwar weit davon entfernt, perfekt zu sein, aber angesichts der Tatsache, dass die Republikaner im Abgeordnetenhaus nur die Hälfte eines Drittels der Regierung kontrollieren, halte ich das für vernünftig“. Dass der anerkannte Hoffnungsträger der Republikaner nun einlenkte, war für Obama und die Demokraten ein gutes Zeichen.

Ähnliche Wirkung wie das Auftreten von Paul Ryan löste Dennis Ross, erstmals als Abgeordneter, Jurist und Multimillionär aus Florida im Kongress tätig, aus. Er gilt als einer der wichtigsten Vermittler zwischen Tea-Party und Republikanischer Partei. Ein weiteres Beispiel: Alan Simpson, Republikaner der alten Schule, der 10 Monate lang in einer vom Präsidenten eingesetzten überparteilichen Gruppe im Dezember 2010 einen von Ökonomen der USA hoch gelobten Bericht mit verfasst hatte, wonach 2020 vier Billionen Dollar Schulden, überwiegend durch Ausgabenkürzungen, zu einem Fünftel aber auch durch höhere Steuern abgebaut werden könnten, verstand die Welt nicht mehr als die rechten Abgeordneten diesen Bericht ablehnten. Simpson sagte: „Das ist absurd. Amerika hat bis zur Amtszeit von Bush noch nie Krieg geführt, ohne die Steuern zu erhöhen. Und wir führen seit Jahren zwei Kriege. Wir haben noch nie so wenig Einnahmen gehabt wie seit dem Koreakrieg.“ Dieser Entscheidung lag der sich immer mehr ausbreitende Steuerfundamentalismus der Republikaner zugrunde.

Bedeutende Volkswirtschaftler der USA gelangten zu der Einschätzung, dass die Vorschläge und Handlungen dieser politischen Hardliner die Hauptverantwortung für die seit 2011 so umstrittene Problematik der Gesamtschulden der USA tragen.

Der Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften und international anerkannte Forscher Joseph Stiglitz, verweist auf die objektive Situation in der Volkswirtschaft der USA: „Das obere eine Prozent zahlt immer weniger Steuern, besitzt aber 40 Prozent des Volkvermögens.“ Deshalb müsse das Gebaren der Reichen als Gift für den wirtschaftlichen Aufschwung des Landes eingeschätzt werden. Viele Kürzungen z. B. in der Infrastruktur lähmen die Wirtschaft: „Was da passiert ist, ist für mich eine Bankrotterklärung der politischen Klasse in den USA. Wenn man nicht mal die Steuern für die sehr Reichen in diesem Land erhöhen kann, dann gefährdet das die Volkswirtschaft.“ Die Abstimmungsergebnisse zum Schuldengesetz bestätigten dies.

Schlussbetrachtung

Seit August 2011 vollziehen sich eine ganze Reihe weiterer gesellschaftlicher Ereignisse mit Auswirkungen auf die USA und die Weltwirtschaft, die unsere volle Aufmerksamkeit verdienen.

Am Freitag, dem 12. August 2011 erklärten in Atlanta die Richter des II. US-Berufungsgerichts das Kernelement der umfassenden Reform des US-amerikanischen Gesundheitswesens für 'verfassungswidrig'. Verantwortlich dafür, so befanden zwei der drei Richter, sei der im Gesetz verankerte 'Zwang zum Abschluss einer privaten Krankenversicherung'.

Der Kongress habe bei der Regelung des 'individuellen Mandats', das bis 2014 alle US-Bürger zum Abschluss eines Krankenversicherungsvertrages bewegen soll, seine Kompetenzen überschritten, erklärten die Richter in ihren Urteilsbegründungen. Dieses 'ökonomische Mandat' stelle eine 'neue und potentiell schrankenlose Aneignung von Autorität' durch den Kongress dar, bei der 'Amerikaner verpflichtet werden, ein teures Krankenversicherungsprodukt zu erwerben', für das sie bis zu ihrem Lebensende zu zahlen hätten. Die Richter von Atlanta erklärten Obamas Gesetz damit zur unzulässigen Subventionierung der amerikanischen Krankenversiche-

rungsbranche, der Millionen neue Kunden zugeführt werden sollten. Umfassende staatliche Subventionen sollten die Aufnahme verarmter US-Bürger für die Krankenversicherungskonzerne rentabel machen.

Während Politiker der Republikaner, die ein komplettes Scheitern der Gesundheitsreform zum Ziele haben, diese richterliche Entscheidung begrüßten, zeigte sich das Weiße Haus in seiner ersten Stellungnahme enttäuscht: „Einzelne Personen, die keine Krankenversicherung erwerben, treffe damit eine wirtschaftliche Entscheidung, die sich auf uns alle auswirkt“, argumentierte die Präsidentenberaterin Stephanie Cutter.

Die insgesamt verbissene juristische Auseinandersetzung läuft auf einen „Showdown für den Obersten Gerichtshof“ der USA hinaus, schlussfolgerte das Nachrichtenmagazin Christian Science Monitor.

Die Presse berichtete, dass Präsident Obama seine gegenwärtige „Schulden- Tour“ im Mittleren Westen, in den drei Bundesstaaten Minnesota, Iowa und Illinois, fortsetze. Er versprach, im September nach der parlamentarischen Sommerpause die Mitglieder des Kongresses für seine neuen Vorschläge zur Schaffung von Arbeitsplätzen in ganz USA zu gewinnen.

Republikaner hoben ihrerseits hervor, dass er nichts Neues anzubieten habe, worin sich auch die gegenwärtig niedrigste Stufe seiner Popularität unter der 40-Prozent-Marke widerspiegle. Spezielle Meinungsäußerungen zum laufenden Gerichtsverfahren „Gesundheitsreform“ wurden nicht bekannt.

Im Lager der republikanischen Gegner Obamas breitet sich immer mehr der „Wahl- und Machtkampf um die US-Präsidentschaft am 6. November 2012“ aus.

Die Demokratische Partei nahm erst Anfang April 2011 mit ihrem ersten und bis heute einzigen Bewerber-Kandidaten das Rennen auf - dem gegenwärtig amtierenden US-Präsidenten Barack Obama.

Am 4. April 2011 verkündete Präsident Barack Obama in Übereinstimmung mit Beratern, Mitstreitern, Unterstützern und Sponsoren die „Operation zur Wiederwahl 2012“. Offenbar ist er davon überzeugt, damit vor allem zwei Ziele erreichen zu können:

erstens die zweite Amtszeit für sich zu sichern und **zweitens** die Verwirklichung seiner Vision zu ermöglichen, den völlig ruinierten hochdefizitären US-Haushalt zu sanieren und so für das ganze Land eine gesicherte Zukunft zu gestalten.

Präsident Barack Obama und seine Mitstreiter wissen genau, wo in den USA notwendige Mehrheiten an Wählern, aber auch Sponsoren und deren Leistungen zu gewinnen sind. Die wieder in Chicago seit Jahresbeginn außerordentlich aktiv tätige Obama - Wahlkampfzentrale schickte zum Auftakt des Wahlrennens 2012 an Millionen Wahlanhänger eine zwei Minuten dauernde Videobotschaft. „Es beginnt mit uns“, in der Obama selber gar nicht auftritt. Vorgestellt werden Wähler aus vier US-Schlüsselstaaten - North Carolina, Nevada, Colorado und Michigan -, die der Präsident wieder gewinnen muss, um eine Mehrheit im Wahlmänner-Kollegium zu bekommen und das rechtzeitig abzusichern.

Der Start Anfang April erlaubt es Obama, nunmehr Geld für seinen Wahlkampf zu sammeln, dessen Kosten sich nach Einschätzung von Experten im Wahljahr 2012 auf die Rekordsumme von rund einer Milliarde US-Dollar belaufen könnten.

Die Suche nach neuen Freunden, besonders jungen Wählern, führte Präsident Obama am 20. April 2011 nach Palo Alto in Kalifornien zur Zentrale des Sozial-Netzwerks Facebook. Dabei beantwortete er Fragen von Bürgern im Internet. Das Weiße Haus hatte diese Veranstaltung als „Town Hall-Meeting“ zur Kommunikation über Finanzpolitik vergeben. Obama erfuhr dabei, dass er mit Facebook 20 Millionen Freunde gewinnen könne. Das Sozial-Netzwerk Facebook sei heute schon nicht nur zum Kommunizieren und Spendensammeln notwendig, sondern auch zum Datensammeln. Es könnte auch zum Wählen und Spenden ermuntern.

Seine wiederum in Chicago eingerichtete Wahlkampfzentrale unter der bewährten Führung seines langjährigen Freundes und politischen Chefberaters David Axelrod ist dabei, sich der Gewinnung und Betreuung von Millionen möglicher Wähler zu widmen, Wahlhelfer in allen Wahlbezirken sämtlicher 50 US-Bundesstaaten zu gewinnen, Kontakte und Zusammenarbeit mit den Medien im Land und international zu pflegen und nicht zuletzt

Sponsoren für Geldspenden bei der Vorbereitung, Durchführung und Auswertung der Präsidentenwahlen zu begeistern. Der im Jahr 2008 erzielte Rekord an Wahlkampfspenden könnte nach Expertenmeinung für 2012 noch übertrumpft werden.

Zum dritten Mal erhielten am 12. und 13. August 2011 die bisher bekannt gewordenen acht Bewerber der Republikanischen Partei, plus die im eigenen Werbebus für Fox News anreisende erste Ikone der Tea-Party-Bewegung, Sarah Palin, sowie der sich am 13. August als neuer, also neunter Bewerber der Öffentlichkeit vorstellende Gouverneur von Texas, Rick Perry, die Gelegenheit, sich im wahlhistorischen US-Bundesstaat Iowa (Beginn der Primaries der Republikaner im nächsten Jahr) im beschaulichen Universitätsstädtchen Ames zu einem bereits zur Tradition gewordenen innerparteilichen Wettstreit mit dem Höhepunkt des sogenannten „Straw Poli“, einer legendären Testabstimmung um die Reihenfolge aller neun Bewerber zu stellen. Sarah Palin hat sich dieser Abstimmung nicht gestellt. Offensichtlich hat sie an Einfluss und Anhängerschaft verloren.

Das Gesamtergebnis in Kurzform lautet: Von den neun Bewerbern sind ganze drei als echte republikanische Herausforderer für die bis zu Beginn der offiziellen Vorwahlen im Jahre 2012 zu führenden Wahlauseinandersetzungen verblieben:

1. Michele Bachmann, die neue Ikone der Tea-Party-Bewegung, die den Wettstreit „Straw Poli“ gewonnen hat.
2. Der Milliardär und erfahrene Parteistrategen bei Präsidentenwahlen Mitt Romney sowie
3. der Gouverneur des Bundesstaates Texas Rick Perry, der seinen Einstieg in den Wahlkampf in South Carolina verkündete, also 2000 Kilometer von Iowa entfernt.

Damit starten Obamas politische Gegner die Kandidatenschlacht für den 6. November 2012 auf neue Art. Der Entwicklungstrend steht allerdings auf „Veränderung“. Und dies heißt: Es können sich auch noch weitere Republikaner mit starkem ökonomischen und sozialen Hintergrund bewerben.

Der sich zuletzt gemeldete Präsidenten-Bewerber Rick Perry hält sich mit seinem Verlangen auf einen möglichen Einzug ins Weiße Haus nicht zurück. Der 61-jährige Politiker stammt aus ärmlichen Verhältnissen in West-Texas, war bisher zweimal verheiratet, be-

nimmt sich wie ein Außenseiter und verkörpert das Bild eines starken Mannes, wie ihn sich die ökonomisch und sozial gebeutelten US-amerikanischen Wähler heute so gern wünschen.

Als erzkonservativer Politiker verspricht er, Steuern und Schulden zu senken, die Todesstrafe zu bewahren und Obamas Gesundheitsreform zu schleifen. Für seine Kampagne hofft er auf die Zugkraft des texanischen Wirtschaftsmodells, das ihn zum Liebling der rechten Tea-Party-Bewegung seines Bundesstaates werden ließ. Im Jahr 2000 übernahm Rick Perry als gewählter Gouverneur von Texas das Erbe von George W. Bush. Von sich überzeugt pries er sich als Politiker, der diesen Bundesstaat zu einem Leuchtturm für ganz USA ausgebaut habe. In den letzten beiden Jahren seien 40 Prozent aller in USA neu geschaffenen Arbeitsplätze in Texas entstanden, aber die andere Hälfte der Wahrheit verschweigt er.

Darauf verweist Reiner Oschmann im Neuen Deutschland vom 15. August 2011, S. 4, in seiner Personalien-Kolumne „Bush 2“ unter Bezug auf Harold Cook, Stratege der Demokraten: „Manches Unternehmen wechselte nach Texas, weil dort die konzernfreundlichsten Regeln und die schärfsten Anti-Gewerkschaftsgesetze bestehen. Weil dort besonders oft Hungerlöhne gezahlt werden und der Landeshaushalt in Perrys Zeit 'auf dem Rücken der Kranken, Alten und Kinder sowie durch Kürzung der Ausgaben für Bildung, Gesundheit und Umwelt' ausgeglichen wurde.“

Das fand auch seine Bestätigung durch Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften Paul Krugman in dessen Kolumne „Das Scheinwunder von Texas“ am 20. August 2011 in der Berliner Zeitung überein. Er schreibt: Das texanische Wunder ist ein Mythos. Es zeigt keineswegs, wie man landesweit Vollbeschäftigung erreicht“.

Zwischen den drei Spitzenbewerbern sind in der nächsten Zukunft heiße politische Auseinandersetzungen zu erwarten, wie dies Michele Bachmann in Amer/Iowa demonstriert hat und von der Zeitschrift Newsweek mit dem Titel versehen wurde: „Crazy Eyes“.